

Auftrag Fasani betreffend Unterstützung der Schweizer Mehrsprachigkeit auf Bundesebene

Nach den Entscheiden einiger Kantone, welche das Erlernen einer zweiten Landessprache aufs Spiel setzen, macht sich hinsichtlich der Schweizer Mehrsprachigkeit Besorgnis breit. Tiefschläge gegen die Mehrsprachigkeit gehen so weit, dass ein Eingreifen auf Bundesebene gefordert wird.

Mit grosser Besorgnis verfolgt der Grosse Rat des Kantons Graubünden die von einigen Schweizer Kantonen getroffenen negativen Entscheide, welche sich gegen das Verständnis zwischen den Sprachregionen richten und von mangelndem Respekt für die Sprachminderheiten in der Eidgenossenschaft zeugen. Die Infragestellung des Unterrichts der romanischen, französischen und italienischen Sprache gefährdet den Frieden zwischen den Sprachgemeinschaften in Graubünden und in der gesamten Schweiz. Derzeit wird der Fehler begangen, dass die englische Sprache und die Landessprachen gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden. Wenn jeder Kanton seinen eigenen Weg einschlägt, wird das gesamte Thema der Schulharmonisierung (HarmoS), welche ähnliche Lehrpläne in den verschiedenen Sprachregionen vorsieht, ernsthaft in Frage gestellt.

Als Beispiel einer kleinen Schweiz hat der Kanton Graubünden die ursprüngliche Aufgabe, die Dreisprachigkeit zu verteidigen und zu unterstützen und muss als Erster ein Eingreifen des Bundesrates fordern. Das Sprachengesetz ist auf Bundesebene abzuändern, damit das Erlernen einer Landessprache sichergestellt wird, da jeder Kanton in seinen Entscheiden nicht nur für sich selbst, sondern für das gesamte Land Verantwortung trägt.

Der vorliegende Antrag unterstützt auch die von Ständerat Stefan Engler eingereichte und vom Ständerat angenommene Motion zur Einrichtung einer ausserparlamentarischen Kommission für Sprachenfragen.

Die Unterzeichnenden dieses Auftrags fordern die Regierung des Kantons dazu auf, beim Bundesrat zu intervenieren und dabei unserer Besorgnis Ausdruck zu verleihen. Der Bundesrat soll dazu aufgefordert werden, sich mit Entschlossenheit zu Gunsten einer Verstärkung der sich aus der Verfassung und aus den Bestimmungen des Sprachengesetzes ergebenden Verpflichtungen einzusetzen, damit der Unterricht der Landessprachen in der obligatorischen Schule sichergestellt ist.

Chur, 13. Juni 2017

Fasani, Papa, Monigatti, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther (Disentis/Mustér), Blumenthal, Bondolfi, Bucher-Brini, Caduff, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casanova (Ilanz), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Chur), Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Epp, Florin-Caluori, Foffa, Gartmann-Albin, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Joos, Kunfermann, Locher Benguerel, Michael (Castasegna), Niederer, Noi-Togni, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Schneider, Tenchio, Thöny, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Bossi, Wellig